



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Begleitgremium Umbau Postgebäude am 30.01.2020
im Besprechungsraum 301 des Landratsamtes, Am Hoptbühl 2,
78048 Villingen-Schwenningen**

Anwesend waren:

Der Vorsitzende: Landrat Sven Hinterseh

11 Mitglieder des Kreistages:

CDU-Fraktion: Michael Kollmeier, Theobald Effinger, Patrick Bossert,
Dirk Sautter

Bündnis90/Die Grünen: Dr. Ursula Roth-Ziefle, Christian Kaiser

FWV: Sigrid Fiehn, Werner Ettwein

SPD: Anton Knapp

FDP: Adolf Baumann

AfD: Hans-Peter Huonker

Entschuldigt fehlten: **AfD:** Martin Rothweiler

Von der Verwaltung: Herr Stefan Löffler, Amtsleiter ASHG
Frau Stefanie Schulz, Personalrat

Gäste: Herr Andreas Flöß, Architekturbüro Flöß
Herr Klaus Faden, Energiebüro 21
Herr Volkmar Tag, Tag Engineering

Schriftführerin Elisabeth Glienke

Beginn der Sitzung: 12:00 Uhr

Ende der Sitzung: 14:35 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 2. Sitzung des Begleitgremiums Umbau Postgebäude und übergibt das Wort an Herrn Architekt Flöß und die Fachingenieure Herr Faden und Herr Tag.

Herr Flöß, Herr Faden und Herr Tag erläutern die zum Termin vorliegenden Kennzahlen zum Gebäude anhand einer Präsentation.

Bzgl. der Holzverkleidung spricht sich Herr Knapp für die Variante mit drei unterschiedlichen Blautönen aus, welche sich an den Kreisfarben orientieren. Herr Knapp erkundigt sich nach der grundsätzlichen Notwendigkeit einer Holzverkleidung vor dem Lichtband an der Ost- und Westseite des Gebäudes.

Herr Flöß begründet eine Holzverkleidung mit der Schaffung eines optisch einheitlichen Bildes des Gebäudes, da sowohl die Fluchttreppe als auch der Anbau an der Nordseite mit Holz verkleidet werden sollen. Die Holzverkleidung des Anbaus an der Nordseite dient neben optischen Gründen auch als Sichtschutz von außen. Auf die Frage von Herrn Baumann nach der Pflege der Holzelemente erklärt Herr Flöß, dass diese in lichtgrau vorlasert und die zwischenliegenden Farbteile aus Aluminium gefertigt sind. Die Holzfassade besteht zu 85 % aus Holz und zu 15 % aus Aluminiumstrangprofilen und der Pflegeaufwand hielte sich in Grenzen.

Bzgl. der Sicherheitsbeleuchtung im Gebäude teilt Herr Kaiser mit, dass eine Zentralbatterie um den Faktor 2,5 teurer wäre als der Einsatz von Einzelbatterien. Vom Gremium wird auch die Wartung der dezentralen Einzelbatterien angesprochen, woraufhin der Vorsitzenden mitteilt, dass die Hausmeister des Landratsamtes diese übernehmen. Herr Baumann merkt an, dass Einzelbatterien eine größere Sicherheit bieten, da sie im Gegensatz zu einer Zentralbatterie nicht komplett ausfallen können.

Herr Tag stellt die fünf Varianten der PV-Anlage vor:

- Variante 1, max. Dachbelegung	64,20 kWp
- Variante 2, max. Dachbelegung + Süd-Ost PV-Module	93,32 kWp
- Variante 3, PV-Module auf Fassade Süd	13,65 kWp
- Variante 4, PV-Module auf Fassade Ost	15,47 kWp
- Variante 5, max. PV-Module Dach mit PV-Module auf Fassade Süd	77,85 kWp

Hinsichtlich der Amortisation erklärt Herr Tag, dass Variante 1 mit 8,70 Jahren die geringste Zeit dafür benötige.

Herr Huonker merkt an, dass PV-Panels an der Fassade im Vergleich zum Dach nur 30% an Leistung erbringen.

Herr Baumann und Frau Fiehn tendieren zu Variante 5 und merken an, dass man bei Umsetzung dieser Variante nochmals über die Fassadengestaltung sprechen müsste.

Herr Sautter spricht sich für Variante 1 aus.

Herr Flöß teilt mit, dass ca. ein Fünftel nutzbarer Fläche zur Anbringung von PV-Panels an der Südfassade, aufgrund der Fluchttreppe, wegfallen. Der Wandaufbau für die PV-Panels an der Fassade würde zu weiteren Mehrkosten führen. Des Weiteren würde sich die Südseite, durch Anbringung der PV-Panels, in der Optik zu den übrigen Fassadenseiten unterscheiden und somit kein einheitliches Bild mehr bieten.

Herr Kaiser spricht sich für die PV-Anlage auf dem Dach aus. Für die Ausführung einer PV-Anlage an der Fassade gäbe es Varianten, welche optisch ansprechend gestaltet werden könnten.

Bzgl. der Fußbodenheizung gibt Herr Huonker zu bedenken, dass mit dieser kein flexibles Heizverhalten möglich sei, da nachts geheizt werden muss, um morgens warme Räume zu haben.

Frau Roth-Ziefler erkundigt sich nach der Verträglichkeit der Fußbodenheizung für die Mitarbeiter. Herr Faden sieht diesbezüglich kein Problem.

Herr Flöß gibt zu bedenken, dass der Einsatz von Wandheizkörpern auch ein Platzproblem mit sich bringen würden.

Auf die Frage von Frau Fiehn bzgl. einer Nachtkühlung antwortet Herr Löffler, dass eine solche durch Querlüftung vorgesehen ist.

Herr Tag informiert über die Einrichtung von E-Ladestationen für Dienstfahrzeuge und Fahrräder. Hier waren 2 E-Ladestationen für 4 Fahrzeuge mit jeweils 22 kWh und 1 E-Ladestation für 4 Fahrräder vorgesehen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er bei der Stadt bzgl. der Kostenteilung für die E-Ladestationen angefragt hat, eine Antwort jedoch noch aussteht.

Herr Kaiser hält vier Fahrradladestationen für zu wenig, vier Ladeplätze für PKW's jedoch für ausreichend. Der Vorsitzende spricht sich ebenfalls für acht Fahrradladeplätze aus.

Herr Kaiser erkundigt sich nach der Leistungsklasse der Trafostation. Herr Tag gibt an, dass 250 kVA ausreichend seien.

Als Ergebnis der beiden Sitzungen des Baubegleitgremiums ergibt sich folgender

B E S C H L U S S V O R S C H L A G

an den Ausschuss für Verwaltung, Wirtschaft und Gesundheit:

PV-Anlage:

Variante 1, Ausführung einer PV-Anlage auf dem Dach,
Mehrkosten ca. 125.000,00 € brutto

einstimmig

Fassade:

Süd- und Nordseite Faserzementverkleidung, Ost- und Westseite (Giebel)
Wärmedämm-verbundsystem

einstimmig

Farbgestaltung Holzverkleidung:

Farbgestaltung der Holzverkleidung in drei unterschiedlichen Blautönen in Anlehnung
an die Kreisfarben

einstimmig

Raumheizflächen:

Ausführung mit Fußbodenheizung
Mehrkosten ca. 60.000,00 € brutto

mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen

Heizsystem:

Installation einer Holzpellets-Heizung
Mehrkosten ca. 8.800,00 € brutto

einstimmig

Klimatisierung der Verwaltungsräume:

Der Ausschuss spricht sich **einstimmig** gegen eine Klimaanlage aus.

Sicherheitsbeleuchtung:

Der Ausschuss spricht sich **einstimmig** für die Verwendung von Einzelbatterien aus.

E-Ladestationen für Dienstfahrzeuge und Fahrräder:

2 Ladestationen mit je 2 Ladeeinheiten für insgesamt 4 PKW's
2 Ladestationen mit jeweils 4 Ladeeinheiten für insgesamt 8 Fahrräder
Mehrkosten ca. 56.000,00 € brutto

einstimmig

Trafostation:

Mehrkosten ca. 133.000,00 € brutto

einstimmig

Verwendung von Ökopflaster als wasserdurchlässige Beläge:

Mehrkosten ca. 18.000,00 € brutto

einstimmig

Weitere 25 Arbeitsplätze (Elektroverteilung):

Mehrkosten ca. 40.000,00 € brutto

einstimmig

Brandwarnanlage:

Mehrkosten ca. 15.000,00 €

einstimmig

Honorarkosten:

15% der zusätzlich beauftragten Mehrleistungen = 68.370,00€

einstimmig

Das Begleitgremium Umbau Postgebäude schlägt dem Ausschuss für Verwaltung, Wirtschaft und Gesundheit die Umsetzung der o.g. Maßnahmen in Höhe von zusammen ca. 524.170,00 € vor.

Villingen-Schwenningen, den 30.01.2020

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Sven Hinterseh

Elisabeth Glienke